

# Der Deutsche Metallarbeiter

Erscheint wöchentlich Samstags. Anzeigenpreis: Die 6 gespaltene Millimeterzeile für Arbeitsgesuche 30 Goldpfennig. Geschäfts- und Privatanzeigen 40 Goldpfennig.

Eigentum des Christlichen Metallarbeiter-Verbandes Deutschlands.

Schriftleitung u. Geschäftsstelle: Duisburg, Stapelort 17. Fernruf 3366 und 3367. Schluß der Redaktion: Freitags morgens 11 Uhr. Zuschriften u. Abonnementsbestellungen sind an die Geschäftsstelle zu richten.

Organ für die Arbeiter und Arbeiterinnen der Metall-, Hütten- und chemischen Industrie

Nummer 33

Duisburg, den 16. August 1924

25. Jahrgang

## Gewerkschaftsbanken

I. D. Die Geschichte der Nationalökonomie zeigt mehr als einmal den sozialreformatischen Versuch von Bankwesen, dem Herzen der Volkswirtschaft, aus die Grundlagen der Wirtschaft gänzlich umzuwandeln, es sei nur erinnert an Proudhons Tauschbank. Aber immer gingen diese Versuche von einer abwegigen Ideologie aus und so endeten sie jedesmal mit einem Mißerfolg. Erst die Neuzeit mit ihrem wirtschaftlichem Denken bringt einen praktischen Anfang: die bankmäßige Betätigung der Arbeitnehmer und Organisationen. Sie zeigt sich als letzte und umfassendste Glappe auf dem Wege der Arbeit, im Wirtschaftspraxisprozeß einen starken Einfluß zu gewinnen. Vom Arbeitsmarkt über den Warenmarkt zum Kapitalmarkt.

Nachdem die Arbeiter und Angestellten zur Beherrschung des Warenmarktes bzw. zur Verbilligung des eigenen Anteils an Waren zur Errichtung von Konsumgenossenschaften übergegangen waren, entstanden bald Unternehmungen von großem Umfang, für die es unerlässlich schien, eigene Kreditinstitute zu gründen. Hier entstanden die Großverkaufsgesellschaften der Konsumvereine. Diese Unternehmungen beschafften Waren in großen Mengen und leihen sie an die einzelnen Konsumvereine ab. So entwickelt sich zwischen diesen und der Großverkaufszentrale eine lebhafteste Geschäftstätigkeit. Was liegt da näher, als daß diese sich selbst eine Bankabteilung angliedern, um die Benutzung der Privatbanken überflüssig zu machen und sich ihrem Zweck zu entwickeln. Diese Abteilungen entwickelten sich weiter zu Genossenschaftsbanken. Ihr Zweck ist, bankmäßige Behandlung der gesamten Arbeit aller Konsumvereine im Lande.

Den dritten entscheidenden Schritt taten die amerikanischen Arbeiter im Jahre 1920 durch Gründung von Arbeiterbanken. Die amerikanischen Arbeiter sind parteipolitisch nicht so geskult und geschlossen wie die anderer Länder, dabei aber wirtschaftlich klüger. So schlugen sie den Weg ein, den sie den Unternehmern abgekauft hatten: Stärkung des Einflusses durch strengste Ausnutzung des Kapitals. So suchten sie durch Gründung von Arbeiterbanken Einfluß und Anteilnahme im Wirtschaftspraxisprozeß. Die erste Bank wurde von dem internationalen Maschinistenverband gegründet; ihr folgten bald andere; heute sind ihrer bereits 20, davon 14 von entscheidendem Einfluß; andere stehen vor der Eröffnung.

Die B. S. F.-Bank (Bruderschaft der Lokomotivführer) brachte es in ganz kurzer Zeit auf 75 000 Mitglieder, sie war die erste Bank im Lande, die den Mitgliedern nicht nur Zins, sondern Gewinnanteile auszahlt. Am Schlusse des ersten Geschäftsjahres konnte sie neben 4 Prozent Zinsen noch 6 Prozent Dividende auf das Kapital, außerdem ein Prozent Spareinlegerdividende ausschütten. Die vierte der angeführten Banken konnte am Schlusse des Eröffnungsjahres schon 1300 Depositionen buchen, die Direktoren sind mit einer Ausnahme sämtlich Gewerkschaftsbeamte. Die „Brotherhood“ kaufte vor kurzem einen großen Teil der Aktien der Empire Trust Company, einer Großbank in New York City, und ist drauf und dran, eine eigene zweite Bank in New York zu errichten, um so den Einfluß der meist im mittleren Westen der Vereinigten Staaten gegründeten Banken in das große Wirtschafts- und Bankzentrum New York selbst hineinzutragen. Der Ankauf großer Aktienpakete von anderen Unternehmungen hat natürlich den ausgesprochenen Zweck durch den Besitz dieser Aktien Arbeitervertreter in den Aufsichtsrat zu entsenden, letzten Endes den Einfluß der Arbeiterkraft auf die Produktion zu vergrößern und zu sichern. Zeitungsmeldungen nach hat der Geschäftsführer eines großen Maschinenverbandes dem amerikanischen Marineministerium 60 000 Pfund Sterling für 3 Staatsdampfschiffe geboten mit der ausdrücklichen Erklärung, daß sein Verband zunächst beabsichtigt, mit diesen Fahrzeugen ganz privatkapitalistische Küstenfahrten zu betreiben. Er hoffe, dabei Gewinne zu erzielen und allmählich auch den Reedereibetrieb auf Ueberseefahrten ausdehnen zu können. Die Arbeiterbanken zahlen schon von Tage der Spareinlage ab Zinsen zum Unterchiede von den meisten anderen amerikanischen Sparbanken, die eine größere zinslose Periode eingeführt haben. Sie beschränken den Zinsgenuß ihrer Anteilnehmer auf ein statutenmäßiges Maximum von 10 Prozent, in der Praxis zahlten sie bisher meist 6 Prozent, also immer noch mehr als die anderen Banken. Von den Anteilnehmern der Bank darf eine Person nicht mehr als drei besitzen, ausgenommen die Direktoren, bei denen das Geßel den Besitz von 10 Anteil-

ten fordert. Gewinne, die den für Dividende und Reserven erforderlichen Betrag überschreiten, werden auf die Spareinleger verteilt.

Nebenbei erwähnt sei hier noch die wachsende Macht der Arbeiter und ihrer Banken durch die Verbindung mit den nordamerikanischen Farmern. Diese Verbindung ist leicht verständlich. Der Farmer fühlt sich genau wie der Arbeiter vom industriellen Bankkapital ausgebeutet. Er sucht in Zeiten mit niedrigen Getreidepreisen billigen Kredit; er steht ihm durch die Arbeiterbanken zur Verfügung. Darum verbindet Arbeiter und Farmer eine gleiche Interessengemeinschaft, die der Position der Arbeiter wieder zuzuteil kommt, und ihren Banken den weitestgehenden Einfluß zusichert. Wenn man bedenkt, daß die amerikanischen Nationalbanken allein — also ohne die vielen Privatbanken — 19 Millionen Einleger zählen, was im Durchschnitt einen auf jede Familie ausmacht, ferner daß es fünf Millionen organisierte Arbeiter gibt, dann kann man ermessen, wie groß die Auswirkungsmöglichkeiten der amerikanischen Arbeiterbanken noch ist. So bekommt das Wort des Bankpräsidenten der W. S. F.-Bank Bedeutung; wenn die Arbeiter die Macht gebrauchen, die sie in Händen haben, so können sie in 10 Jahren die Finanzpolitik der Vereinigten Staaten kontrollieren.

Dem Beispiel der Arbeiter Amerikas sind andere Länder bald gefolgt: Die Schweiz, Norwegen, Belgien, Dänemark und Österreich. In Deutschland geschah die erste Arbeiterbankgründung durch die christlichen Gewerkschaften unter dem Namen „Vereinsbank für deutsche Arbeiter, A.-G. Berlin“. Da das Bankgesetz die Aufnahme des Depositenverkehrs durch neue Banken verbot, konnte die Deutsche Volksbank erst mit dem 1. Januar 1922 nach erfolgter Gesetzänderung ihre Tätigkeit aufnehmen. Das Betriebskapital bestand anfangs aus ins. samt 10 Millionen Mark, für die nächste Generalsammlung wurde eine Erhöhung auf 1 Milliarde Mark vorgeschlagen. Diese Bank soll ein Instrument sein, um die ganze christlich-nationale Arbeiter- und Angestelltenbewegung zu einer gewaltigen Machtfaktor zu gestalten. Ihre Gründung ist von gar nicht zu übersehender Bedeutung. Der Hauptsitz der Bank ist Oktober 1922 von Berlin nach Essen verlegt worden, weil im dortigen Industriebezirk das Hauptbetätigungsfeld liegt. Sie heißt jetzt: „Deutsche Volksbank Aktiengesellschaft, Essen“. Die Aktien des Unternehmens werden seit einigen Monaten im vor- und nachbörserlichen Verkehr der rheinisch-westfälischen Wertpapierbörse zu Essen und Düsseldorf gehandelt und genießen großes Vertrauen. Vom Anfang des Jahres 1922 datieren auch die Bestrebungen zwischen dem Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbund, dem Allgemeinen freien Angestelltenverband (freie Gewerkschaften) und der Großverkaufsgesellschaft deutscher Konsumgenossenschaften eine einheitliche Organisation für die Gründung eines gemeinsamen Bankinstituts zustande zu bringen. Die Großverkaufsgesellschaft besitzt schon seit längerer Zeit eine eigene Bankabteilung. Vor einigen Monaten nun sind die freien Gewerkschaften zu der längst beabsichtigten Gründung geschritten, vorerst nicht in der ursprünglich geplanten Form einer Aktiengesellschaft sondern in der einer Gesellschaft mit beschränkter Haftung. Auch der Gewerkschaftsbund der Angestellten hat am 22. August 1923 eine eigene Aktienbank, die Deutsche Wirtschaftsbank A.-G. in Berlin, ins Leben gerufen.

Ueber Ziel und Zweckmäßigkeiten der Arbeiterbanken ist in Erörterungen und Artikeln gerade in letzter Zeit viel gestritten worden. Der Streit ist sinnlos.

Das Ziel der Arbeiterbanken ist: Das Finanzkapital, das in Bank und Börse gebietet, das die Geld- und Kreditmacht souverän beherrscht und damit den Gang der Volkswirtschaft bestimmt, immer mehr auszuhalten, die Arbeitnehmer unter reiner Selbstverwaltung der Arbeiterklassen systematisch und planmäßig zur Anlage in der Wirtschaft zu bringen, d. h. es wird versucht, auch selbst eigene Unternehmungen großen Stils zu schaffen, die Beteiligung an großindustriellen Werken in die Wege zu leiten usw. Dadurch ist erst das Ziel der Gewerkschaften vollständig; so erst gelangt die Arbeiterkraft — wie Stegerwald es treffend formuliert hat — neben der Einsicht in die Wirtschaft und der Verantwortung gegenüber der Wirtschaft (was Ziel der gewerkschaftlichen Bildungsarbeit ist) — auch zu Einfluß auf die Wirtschaft und zu entsprechender Anteilnahme an der Wirtschaft.

## Radikalismus

### oder Gewerkschaftsarbeit

Der Krebschaden der Arbeiterbewegung ist der Radikalismus, diese auf Schlagworte und Phrasen aufgebaute „Arbeit“ ohne festes beharrliches Wollen und ohne Zielstrebigkeit. Was an Gutem für die Arbeiterkraft erzielt wurde, ist durch vernünftige Gewerkschaftsarbeit erreicht worden, was an Niederlagen über die Arbeiterkraft kam, ist die Folge des Radikalismus. Der gewerkschaftlich schaffende arbeitet auf lange Sicht und läßt sich nicht vom Augenblick oder von Stimmungen hinreißen, aber eben aus dieser Energie wächst auch das Bewußtsein seiner eigenen Kraft.

Wir wollen nur zwei Beispiele anführen, wohin zielbewusste Gewerkschaftsarbeit und wohin der Radikalismus führten, die besser als viele Worte alles erläutern.

1. Im Jahre 1907 war unser Verbandsvorsitzender Kollege Wieber im Bereich der Verwaltungsverhältnisse in Westfalen. In einer großen öffentlichen Metallarbeiterversammlung, an der auch zwölf Arbeitgeber teilnahmen, erklärte er: „Wir werden in Zukunft mit den Arbeitgebern der Metalle- und Emaille-Industrie Tarifverträge abschließen.“ Da riefen die Unternehmer wie aus einem Munde: „Niemals!“ „Ob Sie niemals rufen oder nicht, wir werden es uns erkämpfen“, rief der „Alte“ zurück und er hat recht behalten. Aber die Tarifverträge sind nicht erkämpft worden mit Gelegenheitsfeuer, mit Hufeisen und Demonstrationen, sondern nur durch eine jahrzehntelange zielbewusste Gewerkschaftsarbeit.

2. Anlässlich der letzten Lohnbewegung der Berliner Metallarbeiter fand eine Verhandlung mit den Metallindustriellen statt. Dr. Oppenheimer, der geschäftsführende Syndikus des Verbandes Berliner Metallindustrieller, erklärte den Vertretern des sozialistischen Metallarbeiterverbandes: „Meine Herren, die Situation in der Metallindustrie ist eine andere geworden. In unserer Regierung liegen alle Fesseln des Metallarbeiterverbandes, mit welchen Sie uns in den letzten Jahren entgegengesetzt sind. Wir handeln heute nur entsprechend Ihren Beschlüssen. Eine Lohn-erhöhung wird nicht bewilligt, wir haben mit Ihnen nicht zu verhandeln.“

Nichts kann natürlich ferner liegen, als wollte man über eine solche Situation Schadenfreude empfinden, denn sie betrifft ja Arbeiter, die durch die Dummheit und Phrasengehlossenheit ihrer oft ersehenen Führer dahin gekommen sind. Worauf es ankommt, ist die Feststellung der Tatsache, daß man in den radikalen Orten keine „sinnliche“ Gewerkschaftsarbeit machte, um die Positionen der Arbeiterkraft zu festigen und auszubauen, sondern die Arbeiterkraft in fruchtlosen politischen Kämpfen sich ausbluten ließ, so daß sie heute geschwächt dem Unternehmertum gegenübersteht. Und das Unternehmertum nützt diese Gelegenheit aus. Die Arbeiterkraft aber muß endlich einsehen, daß weder feiges Bescheiden noch Radikalismus sie rettet, sondern nur ernste Gewerkschaftsarbeit.

Ist diese Einsicht erst mal Gemeingut der Arbeiterkraft geworden, dann haben wir gewonnenes Spiel. Mehr als die Widerstände im Unternehmertum stehen uns im Ringen um unsere materielle Existenz die Einfihrlosigkeit und Interesslosigkeit unserer eigenen Kollegen im Wege. Sie also gilt es in erster Linie zu überwinden.

## Eine hohe Auszeichnung

Unser Verbandsvorsitzender Kollege Franz Wieber ist am 26. Juni in Anerkennung seiner großen Verdienste um die katholische Arbeitervereins- und christliche Gewerkschaftsbewegung vom Papst Pius XI. mit einer der höchsten Orden der katholischen Kirche beehrt und zum Ritter des Gregoriusordens ernannt worden. Der Verbandspräsident der katholischen Arbeitervereine Westdeutschlands Prälat Dr. Müller überreichte am 4. August unserm Verbandsvorsitzenden Orden und Urkunde im Auftrage des hochw. Herrn Bischofs von Münster. Herr Prälat Müller wies in seiner einfachen aber tief zu Herzen gehenden Art auf die Verdienste unseres Kollegen Wieber hin. Wer im öffentlichen Leben stehe und dazu noch an exponierter Stelle, an den seine sich leicht Schlamm und Staub fest. Eine seltene Ausnahme sei Herr Wieber, an den Staub und Schmutz nicht herangelommen wären. Die katholische und christliche Sache in Deutschland habe Herrn Wieber viel zu danken. Der katholischen Arbeitervereinsbewegung und der christlichen Gewerkschaftsbewegung habe er seine ganze Lebenskraft geschenkt. Niemand habe so treu wie er die enge Massenbrüderschaft zwischen christlichen Gewerkschaften und konfessionellen Arbeitervereinen nicht nur betont, sondern in den schwierigsten Fällen auch gehalten. Was Herrn Wieber vor allem auszeichne, sei seine christliche Grundhaftigkeit, die so recht in seinem Wirken als Verbandsvorsitzender des christlichen Metallarbeiterverbandes zutage trete. Aus dieser Auffassung heraus habe Herr Wieber auch stets den Gedanken vertreten, daß die Allgemeinheit und die Lebensnotwendigkeiten eines Volkes höher zu stehen hätten, als die besonderen Wünsche irgend eines Standes. Das sei vielfach in eigenen Kreisen nicht begriffen worden, aber er habe sich dadurch nicht abhalten lassen, zu tun, was ihm wichtig und mit seinem Gewissen vereinbar schien. Aus all diesen Gründen und Verdiensten heraus habe sich der apostolische Stuhl veranlaßt gesehen, Herrn Wieber zum Ritter des Gregoriusordens zu ernennen.

Die Urkunde hat folgenden Wortlaut:

Pius XI.

Geliebter Sohn, Gruß und apostolischen Segen! Dein Lob wurde uns in ausführlichen Worten vom Bischof von Münster gefeiert. Du stehst als ein Mann von lobenswerter Treue und unbescholtenem Lebenswandel und bewoist Hingebung gegenüber dem römischen Stuhl, seit 25 Jahren auf das eifrigste im katholischen Leben tätig und habest Dir vorzüglich ein sehr großes Verdienst um die Arbeiterbewegung erworben. Daher geruhen Wir, den Wünschen des Bischofs zu willfahren und Dir eine, Deiner Treue nicht unwürdige Auszeichnung zu verleihen als Zeichen Unserer Jureignung. Aus diesem Grunde erwählen und ernennen Wir Dich mit diesem Schreiben zum Ritter des Ordens vom Heiligen Gregorius dem Großen, Ziniklose, und reihen Dich in den erlauchten Kreis dieser Ritter ein. Demgemäß gestatten Wir Dir, das Kleid der Ritter dieses Ordens anzulegen und deren Abzeichen zu tragen. Gegeben zu Rom bei St. Peter unter dem Fischeerring, heute am 26. Juni 1924, im 3. Jahre Unseres Pontifikates.

J. V. Kardinal Gasparri.

Dem geliebten Sohn Franz Wieber.

Unser ganzer christlicher Metallarbeiterverband ist stolz auf diese hohe Ehre und Auszeichnung, die unserem Vorsitzenden zuteil wurde. Wir alle können ihm aber keinen besseren Glückwunsch darbringen, als wenn wir eifrig in die Spieße fallen, um unseren christlichen Metallarbeiterverband vorwärts zu bringen.

## Handelspolitik und Sachverständigengutachten

v. B. Für den Außenhandel Deutschlands werden demnächst zwei Momente außerordentlich bedeutungsvoll. Erstens gewinnt es am 10. Januar 1925 die ihm bisher durch das Vertragswerk von Versailles unterbundene vollpolitische Handelsfreiheit zurück. Zweitens soll es nach dem Willen des Sachverständigen-Gutachtens (Dawes-Bericht) die Reparationen aus einem Wirtschaftsoberfluß zahlen. „Die Reparationszahlungen selbst können und werden nur durch einen Ausfuhrüberschuß finanziert.“ So heißt es hier wörtlich. Ein solcher Ausfuhrüberschuß setzt aber eine außerordentliche Steigerung der wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit Deutschlands voraus.

Die Sachverständigen bejahen die Möglichkeit einer solchen Produktionsmehrung. Man muß wirklich den zukunftsreichen Optimismus bewundern, mit dem diese die vor uns liegenden wirtschaftlichen Entwicklungsmöglichkeiten Deutschlands beurteilen. „Deutschlands wachsende und arbeitame Bevölkerung, seine große technische Begabung, seine bedeutenden materiellen Hilfsquellen, die Entwicklung seiner Landwirtschaft auf fortschrittlichen Bahnen, der hervorragende Platz, den die mit der Industrie zusammenhängenden Wissenschaften einnehmen, sind viele Faktoren, die uns einen hoffnungsvollen Ausblick auf seine künftige Produktion gestatten. Ferner hat Deutschland seine Anlagen und Ausrüstung seit 1919 dauernd verbessert; die mit der Begutachtung der Eisenbahnen besonders betrauten Sachverständigen haben in ihrem Bericht dargelegt, mit welchem Luxus das deutsche Eisenbahnnetz vervollkommen worden ist; das deutsche Telephon- und Telegraphensystem ist mit den modernsten Hilfsmitteln ausgestattet; Häfen und Kanäle sind gleichfalls ausgebaut worden; schließlich waren die Industriellen in der Lage, ihre hochmodernen Fabrikanlagen noch zu erweitern, so daß in vielen Industrien mehr produziert werden kann als vor dem Kriege. Deutschland ist somit gut mit natürlichen Hilfsquellen versehen; es besitzt die Mittel zu ihrer großzügigen Ausbeutung; sobald die heutige Kreditknappheit überwunden ist, wird es wieder imstande sein, eine bevorzugte Stellung in der Tätigkeit einer Welt einzunehmen, in der allmählich ein normaler Austauschverkehr wieder hergestellt ist.“ In diesen Ausführungen der Gutachter liegt u. U. eine Ueberhöhung von Deutschlands Entwicklungsmöglichkeiten wenigstens für die allernächste Zeit.

Denn vieles, was in unserer Wirtschaft als ein Fortschritt, als eine Verbesserung, als ein Weg zu größerer Produktivität angesehen wird, ist erkauft worden mit den Opfern der Inflation, die ihrerseits der Wirtschaft in ordentlichem Maße Blut entzogen und Substanz genommen hat. Dieser Tatsache wird in der Aufzählung

der Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft nicht genügend Rechnung getragen. Aber vorausgesetzt einmal, daß die deutsche Wirtschaft sich in kurzer Zeit zu einer Produktivität entfaltet, die ihr einen Ausfuhrüberschuß ermöglicht, dann bleibt die wichtige Frage die: wird der Weltmarkt auch fähig sein, diesen Ueberschuß aufzunehmen? Oder anders ausgedrückt: Werden wir auch die nötigen Absatzmärkte finden? Das ist aber nicht so einfach. Denn einmal besteht in allen Ländern ein gewisses Streben nach Abschließung, um für die eigene Industrie im eigenen Lande Rohstoffe und Absatzfeld zu behalten. Sodann aber ist in der ganzen Welt, abgesehen von den goldgefüllten Vereinigten Staaten von Amerika, unter den Nachwirkungen der Kriegswirtschaft und der damit verbundenen Verwertung eine bedenkliche Schwächung der Kaufkraft eingetreten, die zugleich die Verbrauchskraft gemindert und die Abschließungsneigung in früherem Umfang unterbunden hat.

Der internationale Verkehr hat auch heute noch lange nicht wieder die Vorkriegsstärke erreicht. Das zeigt sich deutlich aus den Listen des internationalen Güterausstausches, über die „Wirtschaft und Statistik“ (1924/4) der Zeitschrift des Statistischen Reichsamtes für zwölf der wichtigsten Staaten (Belgien einschl. Luxemburg, Dänemark, Finnland, Frankreich, Großbritannien, Italien, Niederlande, Schweden, Schweiz, Japan, Kanada, Vereinigte Staaten), die ungefähr 60 Prozent des gesamten Weltverkehrs ausmachen, berichtet. Hiernach hat der Weltverkehr zwar eine Steigerung pro Jahr, nämlich 1921: 107,9, 1922: 115,8 und 1923: 126,9 Milliarden Goldmark aufzuweisen gegenüber 96,7 Milliarden Goldmark im Jahre 1913 vor dem Kriege. Aber in diesen Zahlen ist ein erheblicher Posten enthalten, der auf die internationale Verleerung zurückzuführen ist. Rechnet man die oben gegebenen Zahlen auf die Friedenspreise über einen Schätzungsweise ermittelten Weltgroßhandelsindex (1913: 100, 1921: 175, 1922: 150, 1923: 150) zurück, so kommt man bei einer Grundzahl von 100 für 1913 auf folgende Reihe: 1921: 65, 1922: 78, 1923: 87. Der Entwicklung des Außenhandels dieser zwölf Länder dürfte auch ungefähr die Entwicklung des gesamten internationalen Warenaustausches entsprechen. Demnach dürfte trotz jährlicher Steigerung der Gesamtweltverkehr mit 19 Prozent noch unter der Größe von 1913 liegen.

So ist die Wiederherstellung der einzelnen Volkswirtschaften sowie der Weltwirtschaft nicht nur ein Produktions-, sondern fast ebenso sehr ein Konsumtionsproblem, d. h. die Frage nach der Wiederbelebung und dauernden Erhaltung der internationalen Kaufkraft. Ein Blick in unsere Außenhandelsbewegung nach dem Kriege zeigt uns, daß, während die Ausfuhr nach den Ueberseeestaaten eher abgenommen als zugenommen hat, die Einfuhr von dort umgekehrt sich steigerte. Hier zeigt sich der Ausfall Russlands als unser früherer Rohstofflieferant infolge seiner eigenen Verarmung durch Krieg und innere Umwälzungen, sowie die Zerrüttung seines Verkehrswezens. Hierfür mußten wir uns Ersatz in den Vereinigten Staaten und in anderen Ueberseeländern suchen. War den Toren Deutschlands liegt aber, abgesehen von wirtschaftlich gesehen, der meiste Osten und Südosten Europas. Daran, daß diese großen Wirtschaftsgebiete wieder voll konsumtionsfähig und kaufkräftig gemacht werden, haben wir ein um so größeres Interesse, als anzunehmen sein dürfte, daß andere große Ueberseeestaaten als Absatzmärkte vielleicht weniger für uns in Betracht kommen. In der ganzen Welt aber müssen die leitenden Wirtschaftskräfte und Regierungen auf eine Hebung der Konsumtionskraft ihrer Völker und damit eine Steigerung der internationalen Absatzmöglichkeiten bedacht sein.

Das besagt allerdings eine ganz anders handelspolitische Einstellung der Völker, insbesondere auch Deutschlands gegenüber, als wir sie im Augenblick vor uns sehen. Allerdings sind für eine solche mehr weltwirtschaftliche, vom Konsum ausgehende Neuorientierung, die Völker, nicht zuletzt unter den, den Nationalismus stützenden Nachwirkungen des Krieges, noch nicht genügend reif, und es muß der Zeit überlassen bleiben, auch hier zu unsern Gunsten weitere Pionierdienste zu tun, wenn die Vorschläge der Sachverständigen gutachten Verwirklichung finden sollen.

### Ansprüche auf Rentenerhöhung wegen Geldentwertung — Verjährung

F. Im Einklang mit der Rechtsprechung des Reichsgerichts kann davon ausgegangen werden, daß grundsätzlich für den Anspruch auf Rentenerhöhung die zweijährige Verjährungsfrist nach dem Reichshauspflichtgesetz nicht vom Tage des Unfalls, sondern erst vom Eintritt der Erhöhung bedingenden Veränderung der Verhältnisse zu laufen beginnt. Die mit der Klage i. Z. verlangte Sch-

densumme stellte den damals vorhandenen Schaden in seinem ganzen Umfange dar. Maßgebend für die endgültige Bemessung des Geldschadens nach §§ 240 BGB. ist nun regelmäßig nicht der Zeitpunkt der Klageerhebung, sondern derjenige der Urteilsfällung.

In dem der Beurteilung zugrundeliegenden Falle hatte ein Anspruchsberechtigter nach dem Eintritt der Geldentwertung und nach Ablauf der prinzipiell geltenden Verjährungsfrist einen Anspruch auf Erhöhung der Rente bei dem Erklärungsbedingten gestellt und nach Ablehnung des Anspruchs durch diesen ihn eingeklagt. Die Einrede der Verjährung seitens des Schädigers wurde als nicht durchgreifend verworfen mit etwa folgender Begründung (RG. IV/897/22).

„Nach dem angezogenen § 240 BGB. ist der Schädiger verpflichtet, den Zustand wiederherzustellen, der ohne das schädigende Ereignis bestehen würde, d. h. also bei Schäden an der Person, für allen Schaden aufzukommen, der dieser Person aus der Schädigung erwächst. Da dieser Schaden in der Regel Vermögensschaden ist, so hat die Entschädigung in der Regel den Charakter eines Vermögensverlustes. Bei einem Vermögensverlust verfallt die zunächst in dem Zuerkennungsurteil zugesprochene Rente ihrem Betrage nach natürlich nicht mehr aus. Der Beschädigte ist daher gezwungen, wegen dieser eingetretenen Geldentwertung und der dadurch hervorgerufenen, für die Bemessung des Erwerbsschadens wesentlichen Lohnsteigerung die Schadenssumme (Rentensumme) anders und zwar höher zu beziffern, als in der (ursprünglichen) Klage angegeben. Es handelt sich bei dieser Erhöhung in Wahrheit um denselben, von Anfang an vorhandenen und auch geltend gemachten Schaden, dessen Geldbetrag nur gedehnt in dem sinkenden Kaufwert der Mark seinen veränderten Ausdruck findet. Die geforderte Erhöhung stellt in solchen Fällen nicht den zeitlichen Teil des Anspruchs dar, wie in dem Klageablehnungsbegehren des Schädigers ausgesprochen ist, sondern bildet nur eine andere Art seiner Berechnung.“

Wie sich aus den Schriftsätzen zweiter Instanz ergibt, hat die Klägerin der Berechnung ihrer erhöhten Rentenforderung die fortgesetzte gesteigerten Löhne der Bandanfertigerinnen zugrunde gelegt. Diese hatten sich aber nach der ganzen Entwicklung, die die Verhältnisse des Arbeitsmarktes genommen hatten, schon damals der fortschreitenden Geldentwertung angepaßt, ihre Steigerung beruhte also im wesentlichen auf dem Sinken des Geldwertes. Mit dieser, auch sachlich zutreffenden Begründung ist der Rentenanspruch im Laufe des Verfahrens erhöht worden. Dann muß aber nach dem Gesagten angenommen werden, daß der gesamte Anspruch bereits mit der damaligen Klageerhebung rechtskräftig geworden ist, und daß die dadurch bewirkte Unterbrechung der Verjährung auch den erweiterten Anspruch ergreift.

### Sozialer Rückschritt oder soziale Erkenntnis

In letzter Zeit mehren sich die Fälle wo seitens der Arbeitgeber versucht wird die längst verhassten Betriebsräte vollständig unmöglich zu machen. In Schlichtungsausschüssen und Arbeitsgerichten haben es die Arbeitgeber immer verstanden, das Gesetz für sich in Anspruch zu nehmen, wenn es sich darum handelte, bei den geringsten Verstößen gegen das A. R. G. unliebsame Betriebsratsmitglieder zu entlassen. Neuerdings wird versucht, den Betriebsrat so zu jeßeln, daß an eine Ausübung der gesetzlichen Pflichten nicht mehr zu denken ist.

Noch in den letzten Tagen machte ein größeres Duisburger Werk seinen Betriebsratsmitglieder mit neu ausgearbeiteten Richtlinien bekannt, wonach in Zukunft die Betriebsratsmitglieder ausübt werden soll.

Diese Richtlinien besagen, daß keine Sitzung mehr während der Arbeitszeit stattfinden darf. Weiter, daß eine Sprechstunde nur in der Mittagspause stattfinden darf, ohne zu fragen ob dadurch den Kollegen der Nachsicht Rechnung getragen wird. Damit ist die Tätigkeit der Betriebsratsmitglieder erledigt. Die Betriebsratsführer sind angewiesen, streng auf die Durchführung der Richtlinien zu achten. Jedes unentschuldigste Versäumnis der Arbeitsstelle wird mit Lohnabzug der betreffenden Zeit bestraft.

Um so erfreulicher ist es, feststellen zu können, daß es auch noch einsichtige Arbeitgeber gibt, die sich von dem Geist des Betriebsratsgesetzes leiten lassen.

So berichtet die Nr. 31 der „Sozialen Praxis“ vom 31. 7. 24 über die vom Sozialen Museum veranstaltete V. Konferenz für Betriebspolitik, die am 13. und 14. Juni in Frankfurt stattfand.

Neben andern sozial politischen Fragen wurde von dem Referenten Schamerus das Thema „Stellung und Praxis des Betriebsrats“ behandelt.

Die „Soziale Praxis“ berichtet darüber wie folgt:

„Schmoerius referierte über „Stellung und Praxis des Betriebsrats“, wobei er interessante Mitteilungen über die Erfahrungen der Betriebsleitung mit dem Betriebsrat bei Zeitschneidung machte. Zunächst hat sich die Betriebsleitung als gefährliche Störung gezeigt, die aber nur als Kinderkrankheit aufgefaßt werden sollte. Schmoerius warnte die Unternehmer davor, ihre augenblickliche Machtposition dazu zu benutzen, um das Betriebsratsgesetz wieder zu schwächen. Was die technische Durchführung des Gesetzes anbelangt, so fehlt ihm der Unterbau und es ist Aufgabe der Praxis, einen solchen zu schaffen. Die Firma Zeiss hat heute schon vor dem Krieg neben dem Arbeiterausschuß eine feinere Unterteilung durch die sogenannten Arbeitervertretungen vorgenommen (auf 15 Arbeiter je 1 Vertreter). Sie verhandelt mit der Leitung über Fragen individueller Art oder solche, die nur eine Ableitung betreffen. Außerdem sind jetzt noch aus drei bis fünf Personen bestehende Kommissionen gebildet worden, die das Betriebsratsgesetz erschwerlich machen. Die wichtigsten sind die Organisations-Kommission, die Anzugs- und Unfall-Kommission, die Jugend-Kommission, die Einstellungs- und Entlassungs-Kommission, die Lohn- und Arbeits-Kommission und die sozial-politische Kommission. Letztere hat in der Inflationsperiode Hervorragendes geleistet; auch ist bereits der 1921 gefasste Entschluß dieser Kommission zurückzuführen. — Arbeiter- und Angehörigertentrat bilden gemeinsam die Inbetrieb-Kommission, die die Preise auf dem totalen Markt festzustellen hat.“

Wie weit soll der Betriebsrat von produktiver Arbeit befreit werden? In den großen Werken war es, wenigstens in den ersten Jahren allgemein üblich, daß der Vorstehende ganz frei gegeben wurde. Es ist jedoch zweckmäßiger, daß er etwa die Hälfte des Arbeitstages einläßt wird, sonst entfremdet er sich leicht der Arbeiterklasse und setzt sich mindestens neidischen Angriffen seiner Kollegen aus. Die Firma Zeiss gewährt jetzt eine Gesamtstundenzahl, die ohne Gegenleistung in Gestalt von produktiver Arbeit entlohnt wird. Sie entspricht zwei vollen Arbeitstagen. Wie diese Stundenzahl, auf die einzelnen Mitglieder der Kommissionen usw. verteilt wird, ist Sache der Belegschaft.“

Es wäre nur zu wünschen, wenn diese soziale Einsicht der angeführten Firma Allgemeingut der gesamten Arbeitgeberschaft würde. Dieses würde nur dem sozialen Frieden dienen.

### Auswanderer

Eine ganze Anzahl Auswanderergesellschaften sind heute zu Wege, die unter allen möglichen Verprechungen den Auswanderungslustigen Geld aus der Tasche locken mit dem Hinweis, sie könnten etwas für die Auswanderer tun. Diese Armen lassen sich verleiten und geben dem ungewissen Schicksal entgegen. Die „Abnische Zeitung“ vom 3. August teilt einen Brief mit, den ein im Januar 1923 nach Brasilien ausgewandertes Deutscher ihr aus Guayaquil in Ecuador schrieb. Es heißt darin:

„Bisher arbeitete ich mich von Rio de Janeiro über Argentinien, Bolivien, Chile und Peru, in jedem dieser Länder mit Ausnahme von Peru im Durchschnitt drei Monate bleibend, durch mit der Ansicht, über Mexiko in die Vereinigten Staaten zu kommen. Gearbeitet habe ich wie nie in meinem Leben, 12 bis 15 Stunden täglich in den Tropen Brasiliens, in den Kordillieren und Steilen Nordargentinens, in 4500 Meter Höhe und eisiger Kälte in Bolivien und in der Wüste Chiles. In Peru hat man mich überall, wo ich um Stellung nachsuchte, weggeschickt; sogar die Hunde hat man hinter mir hergehetzt, weil ich ein Deutscher bin. Bis ins entlegenste peruianische Indianerdorf hat man mich geschickt. Ich habe gelebt wie ein Hund, nicht wie ein Mensch. Das Schrecklichste vor allem waren die Tage, als ich von Peru durch die Riesendurftkreden wanderte nach Ecuador. Die letzten zwei Tage ging es in 28 Stunden des Nachts durch den Urwald, der voll Giftschlangen und Krokodile in den Sümpfen ist. Ich bin nicht feige, aber für einen Sack voll Pfunde (engl. Pfund 20 Mark) möchte ich den Monat März nicht nochmals durchmachen.“

Ich habe alle Schreden der Widnis erlebt. Trotz meiner 4 Jahre bin ich ein zäher Geselle, der März und Peru haben es bewiesen. Zu sieben Deutschen gingen mir die größte Durststrecke vor.

### Die Unterharzer Berg- und Hüttenindustrie

Von Bergreferendar Werner Lüthgen, Essen.

#### I. Geschäftliches und jetzige Organisation.

Im Südosten der alten Kaiserstadt Goslar ragt breithingelagert der lannenbewaldete Rücken des Rammelsberges hoch und flankiert so die weite Talnauhe, in welcher die vieltürmige, tausendjährige Stadt eingebettet liegt. In seinem Innern birgt der 636 Meter hohe Berg die Erzschätze, welche die Veranlassung zu der allberühmten, seit den Öttonen systematisch betriebenen Unterharzer Berg- und Hüttenindustrie gegeben haben. Um den Besitz dieses Berges ist im Mittelalter jahrhundertlang erbittert gekämpft worden.

Wegen seines Silberreichtums legten zuerst die Sachsenkaiser die Hand auf den Berg und schlugen zu seinen Füßen ihre Krone auf, in der großen Auseinandersetzung zwischen Heinrich dem Löwen und der auf seine weltweite Ziele eingestellten Kaiserin Friedrich Barbarossa spielte der Rammelsberg eine große Rolle. Es gelang jedoch dem Kaiser, sich im Besitz des Berges zu behaupten.

Aber schon 1235 mußte der schwache Kaiser Otto das Kind den Berggehirnen des Rammelsberges den Rücken überlassen.

Im 15. Jahrhundert brachte die inzwischen reichsumittelbar gewordene Stadt Goslar den Berg auf Grund von Pfandrechten in ihre Gewalt und entwickelte Bergbau und Hüttenwesen zu großer Blüte. Um 1500 wurden aus 19 Gruben die Rammelsberger Schätze zu Tage gehoben und in 26 Schmelzhütten zu Gute gemacht.

Die zu neuer Macht erstarrten, stolzen Welfenherzöge verlangten ab 1525 das Bergwerk wieder zurück, nach jahrzehntelanger, blutiger Fehde mußte der Rat der Stadt Goslar 1552 dem Welfen die Bergheute, den Zehnten und ein drückendes Vorkaufrecht auf alle Erz- und Metalle zugestehen, während die Stadt die Gruben und die Hütten behielt.

Das vorher so florierende Berg- u. Hüttenwesen ging hierdurch, durch den allgemeinen wirtschaftlichen Niedergang nach dem 30-jährigen Kriege und durch technische Schwierigkeiten sehr zurück; die Stadt verarmte und verödete; eine Grube nach der anderen wurde stillgelegt, bis 1820 die letzten vier Gruben von der Stadt an die „Kommunion“ verkauft wurde. So wurde die Verwaltung des Unterharzes beiseite, die auf Grund mehrerer Erbteilungen vor dem Hans Hannovers (zu 1/2 Anteil) und von dem Hans Braunschweig (zu 1/2 Anteil) gemeinschaftlich ausgeübt wurde.

Der Anteil Hannovers an den Kommunionen fiel nach 1866 an Preußen. In der Folgezeit entwickelte sich das Unterharzer Berg- und Hüttenwesen langsam aber stetig wieder darauf, daß es heute wieder eine der wichtigsten unter den verhältnismäßig wenig produktiven Hütten der Deutschen Metallhüttenindustrie dar-

stellt werden die Schätze des Rammelsberges ausgebeutet von den „Unterharzer Berg- und Hüttenwerken“ (Sitz hier), deren Ueberführung laut Kommunionvertrag zu 1/2 an den preussischen und zu 1/2 an den braunschweigischen Fiskus fließen. Unter dieser Direktion stehen:

1. Die Gemeinshaftsbirginnspektum am Rammelsberge;
2. Das Gemeinshaftshüttenamt Zulfushütte für die Verhüttung der Rammelsberger Bleierze auf Kohle und Zinkvitriol auf der Herzog Zulfushütte unweit Alfeld und auf der Frau Sophienhütte bei Langensheim.
3. Das Gemeinshaftshüttenamt Oer für die Weiterverarbeitung des Bleies der genannten Kohlhütten und für die Verhüttung der Rammelsberger Kupfererze und gemischten Kupfer-Bleierze auf der Oerhütte.

Der Entwurf für die Uebertragung der Preussischen Staatsbergwerke und Hütten an die neu zu bildenden „Preussischen Werke A.-G.“ hat die Unterharzer Werke wegen des Braunschweigischen Besitzanteils aus der Uebertragungsmasse herausgelassen.

#### Der Rammelsberg.

Das Rammelsberger Erzvorkommen besteht in einem überfluteten Lager geschwefelter Erze, die im mitteldeutschen Wissenschaftler (Goslar) Schiefer eingelagert sind. Hinsichtlich der geologischen Entstehung ist festgestellt, daß ein edles Lager in geologischen Sinne vorliegt, d. h. eine gleichzeitig (syngenetisch) mit dem Nebengestein entstandene Ablagerung des Erzes („Erzlag“).

Das Lager fällt unter 45° ein und zerfällt in der Hauptachse in zwei große Erzlagen, das „Alte Lager“ und das „Neue Lager“. Die größte streichende Erstreckung beträgt etwa 900 Meter; die Mächtigkeit des Erzkörpers ist im Durchschnitt 6—15 Meter, ja auf der höchsten, der 11. Sohle, hat man eine Anschwemmung von über 80 Meter kompakten Erzes festgestellt.

Diesem großen Erzvorkommen entspricht eine lange, gesicherte Lebensdauer der Grube: Die stützenden Erzvorkommen gewährleisten bei der jetzigen Produktionsmenge der Hütten einen ungehörten Betrieb für über 100 Jahre, während die auf Gängen bauenden Erzgruben beinahe ausschließlich nur auf wenige Jahrzehnte einen gesicherten Erzvorkommen besitzen.

Charakteristisch für die Rammelsberger Erze ist die innige, zum Teil mikroskopisch feinstörmige Vermengung der Erze mit Kupfer, Blei, Zink, Eisen usw. untereinander und mit der ebenfalls feinstverteilten, vorwiegend aus Schwefelkupfer bestehenden Gangart. Die weitgehende Verwachsung der einzelnen Metalle ist es, welche der Verhüttung so große Schwierigkeiten bereitet. Nach dem mehr oder minder harten Hervortreten des einen oder anderen Metalls werden in der Hauptachse unterirdisch: Bleierze, melleerte Erze und Kupfererze (1., 2. und 3. Klasse).

Die Bleierze enthalten rund 12 n. S. Pb, 24 n. S. Zn, 25 n. S. S., 20 n. S. Schwefel, außerdem Ag, Au, As, Wn., und viel Fe. Sie sind daher eigentlich meist als Zinkerze denn als Bleierze zu bezeichnen.

Die melleerten Erze, welche ebenso wie die Kupfererze in Oer zur Verhüttung gelangen, haben einen Durchschnittsgehalt an Pb von etwa 10 n. S., an Cu von 4,5 n. S., an Zn von 21 n. S., an S von 23 n. S. und an Gangart von 20 n. S.

Das Kupfererz erster Klasse enthält etwa 17 n. S. Cu.; 3,7 n. S. Pb.; 9,5 n. S. Zn.; 32 n. S. S. und 12 n. S. hauptsächlich batynitische Gangart.

Die Gewinnung des Erzes geschieht ähnlich wie beim Gangbau im Zinkbau mit Rollhöfen; wegen der erheblichen Mächtigkeit werden meist die Erzstein in zwei streichende Strophen eingeteilt, die nacheinander abgebaut und verlegt werden. Das Verhüttungsmaterial entstammt, soweit es nicht in Verhüttungs- und Aufschüttungsbetrieben gewonnen wird, großen Steinbrüchen oberhalb des Stollenmundloches.

Seit mehreren Jahren sind umfangreiche Versuche im Gangbau über das Anfangsstadium schon hinausgegangen sind, die melleerten Erze äußerst fein zu vermahlen und dann mit Hilfe einer Schmelzaufbereitung anzureichern. Die systematische Anwendung dieses Verfahrens wird sehr weitreichende Folgen für den Hüttenbetrieb und dessen wirtschaftliche Ergebnisse zeitigen.

#### III. Herzog Julius- und Frau Sophienhütte.

##### a) Röstung und Zinkvitriolauge.

Die Bleierze des Rammelsberges werden mit der Achse nach Herzog Julius- und Frau Sophienhütte gefahren und hier zunächst einer dreimaligen Hausenröstung im Freien bzw. in Holzschuppen unterzogen. Zu diesem Zweck werden die Erze auf einem Holzbau zu einer abgetumpften Pyramide von 13/13 Meter Grundfläche und etwa 2 Meter Höhe aufgeschüttet; die erste Entzündung geschieht durch Ansetzen des Holzes; im weiteren Verlauf unterhält die Schwefelgehalt der Erze die Verbrennung.

Der etwa 1 1/2 Jahr in Anspruch nehmende Röstprozeß bezweckt zunächst eine Herabsetzung des Schwefelgehaltes der Erze, wobei die Schwefel zum Teil sich auf der Oberfläche der Rösthaufen in halb kugelförmigen Schichten kondensiert, zum größeren Teil aber in Form von schwefeliger Säure (Schwefelbryd) in die Atmosphäre entweicht und dadurch nicht unbedeutende Vegetationschäden verursacht.

Der Grund, weshalb man die modernen Röstverfahren, welche eine Verhüttung des Schwefelbrydes zu Schwefelsäure gestatten hier nicht anwendet, liegt in dem Bestreben, den großen Zinkgehalt (über 20 n. S.) der Rammelsberger Bleierze nutzbar zu machen. Durch die langsame Hausenröstung oxydiert sich der größte Teil des Zinkschwefels (ZnS) zu leicht löslichem Zinkvitriol (ZnSO<sub>4</sub>).

Daher wird das Sulfid nach jeder Röstung mit Gabeln ausgehalten und mit nitrioler heißer Lauge überbraut, wobei das Zinkvitriol in Lösung geht. Die Lauge wird eingedampft und verbleibt; sie scheidet beim Erkalten in großen Bottichen weiße Kristalle von Zinkvitriol aus, die zur Herstellung von Lithopon verarbeitet werden.

440 Kilometer in der Richtung auf Ecuador. Eine flache Wasser, die wir mitnahmen, kostete 25 Gulden. Am 17. März, dem Namenstag meiner Mutter, liegen wir den fünften verrückt vor Durst hilflos liegen, vier waren schon tot. Was dem Sterben vorausging, kann ich Ihnen nicht ausmalen. Der sechste, ein Berliner, blieb am anderen Morgen in einem Eingeborenenort liegen. Dem hiesigen Konsul übergab ich die Papiere und die fünf Pässe. Er ließ den Berliner wegholen und ins Hospital bringen. Es geht ihm besser. Wie weit ich war, können Sie daran ermessen, daß ich mein wenigstes Gepäck eines nach dem anderen wegschickte, sogar die Briefe meiner Tochter, die ich zwei Jahre mitgetragen hatte. Mit zerstückten Rippen, vor Durst geschwollenem Rachen, nur mit einer Hufe und Sandalen kam ich hier an. Das Blut floß mir aus den Ohren. Der hiesige deutsche Konsul wollte mich ins Hospital bringen, ich lehnte ab. Da nahm er mich in seinem Hause auf und pflegte mich, bis ich wieder gesund war. Er hat alles für mich getan, was er konnte.

Seit dem 25. März arbeite ich auf Montage für eine deutsche Firma. Von den beiden Monteuren ist vor kurzem einer am Fieber gestorben. Wie lebe ich hier? Um ein paar Pfennige täglich zu sparen, haufe ich in einer Bambusbude, die wegen der zahlreichen Schlangen 3/4 Meter hoch auf Pfählen gebaut ist. Ich muß auf einer Leiter hinaufklettern, die abends hochgezogen wird. Es herrscht eine lächerliche Hitze hier. Ungezähle Moskito's plagten mich. Gestern flogen mir zwei große giftige Storpione beim Essen aus den Bambusrieken in der Hand in die Konjunkturhülle. Vor dem Schlafengehen muß ich die Hängematte nach Storpionen, Giftschlangen und Taranteln absuchen und jedes Kleidungsstück vor dem Anziehen ausprüffeln. Das Trinkwasser ist warm und schlecht. Es ist keine Wasserleitung hier, da die Montage weit draußen vor der Stadt ist. Das Baden ist der Kröte wegen unmöglich. Ich habe mir heute zum Osterfest ein Dach aus Zeitungspapier über die Hängematte gemacht; so fällt wenigstens nichts mehr Regen auf mich.

Ein größeres Elend, als das Los der deutschen Einwanderer in Latein-Amerika kann man sich kaum vorstellen. In Buenos-Aires schlafen Tausende, darunter zahlreiche Einwanderer, im Freien oder unter den Eisenbahndächern, wenn es regnet. Wie mancher verzweifelte deutsche Chemiker, der mit Kind und Kegel mittellos hier ankam, und die Sprache nicht verstand, bettelt auf der Straße herum oder arbeitet im Kamp 10-12 Stunden am Tage um das nackte Leben, während Frauen und Töchter vielfach in über beleumundeten Häusern untergebracht sind. Deutsche Mediziner, Theologen, Ingenieure, frühere Offiziere betteln in Nordargentinien bei den Bahnbauten um Arbeit. Die Etappen meines Südamerikanischen Aufenthalts waren folgende: Etappe 1: drei Monate Brauereiarbeit in Sao Paulo; Etappe 2: drei Monate Maschinenbau in einer amerikanischen Geflügelfleischfabrik in Rio Grande; Etappe 3: drei Monate Bräuderei in Argentinien; Etappe 4: Schlosser bei der bolivianischen Eisenbahn in einer Höhe von 4500 Meter bei einer Temperatur bis 22 Grad unter Null; Etappe 5: ein Monat Hilfsmonteur in Chile; dann kam der Schrecken von Peru, und schließlich befinde ich mich in der Hölle von Ecuador.

So sehen die „Freuden“ der Auswanderer aus, die sich manche Kollegen in ihrer Phantasie glühend ausmalen. Nein, lernt etwas, seid eifrig, dann findet ihr auch in Deutschland euer Fortkommen.

## Verbandsgebiet

### 25 Jahre christliche Gewerkschaften auf dem Schwarzwald

N. A. Die Ortsgruppen des christl. Metall- und Holzarbeiter-Verbandes des Schwarzwaldes können in die 25 Jahre auf ein 25jähriges Bestehen zurückblicken.

Es war im Jahre 1899, als die ersten gewerkschaftlichen Organisationen auf christlicher Grundlage sich im Reiche da und dort bildeten, da reist in dem Arbeitervereinspräses und damaligen Herrn Kaplan Lang in Billingen (jetzt Stadtpfarrer in Emdingen a. R.), der in seiner Tätigkeit für die Arbeiterschaft erkannte, daß ohne gewerkschaftliche Organisation die Lage der Arbeiter in der Uhrenindustrie nicht gebessert werden konnte, der Plan, für diese Arbeiter, deren Los unbedingt einer Besserung bedurfte, eine gewerkschaftliche Organisation auf christlicher Grundlage zu schaffen. Er besprach diesen Plan mit einigen Billinger Arbeitern und fand dieselbe bei diesen sofort Anklang und freudige Unterstützung. Es wurde nun die Führung genommen mit christlichen Arbeiterkreisen in den anderen Industrieorten des Schwarzwaldes und diesen der Plan zur Bepflichtung vorgelegt. In verschiedenen Orten, so in Triberg, Furtwangen, Gütenbach, Böhrenbach, Schramberg, Lauterbach, St. Georgen und Schwenningen, fanden sich christliche Arbeiter, welche die Idee aufgriffen und in ihren Kreisen Propaganda für sie machten. Bald traten die Vertreter des Gewerkschaftsgedankens zu einer Bepflichtung zusammen, wo der Gedanke ernstlich erwogen und beschlossen wurde, an die Gründung einer christlichen Gewerkschaft heranzutreten. Bald darauf fand in der Tonhalle in Billingen die Gründungsversammlung statt, bei der Vertreter der verschiedenen Schwarzwaldorte anwesend waren. Die zu gründende Organisation erhielt den Namen: „Christlicher Uhrenindustrie-Arbeiterverband Schwarzwald“, sie sollte alle in der Uhrenindustrie beschäftigten Arbeiter und Arbeiterinnen in sich vereinen, soweit diese auf christlichem Boden stehen. Dazu gehörten neben den Uhrmachern und den Bestandteilearbeitern auch die Uhrfabrikanten, die Schmiedeleiter und Uhrschloßmacher. Der Sitz des Verbandes war in Billingen. Als 1. Vorsitzender wurde der Uhrfabrikant Philipp Kallenbach, als Schriftführer der Uhrmacher Karl Fischer und als Kassierer der Uhrfabrikant Emanuel Grieshaber, alle in Billingen, gewählt. Diese, mit Vertretern aus den anderen Orten, bildeten den Verbandsauschuß. In den einzelnen Orten begann nun von diesem Auschuß eine Agitationsarbeit, um überall Ortsgruppen zu gründen. Es entstanden solche in Billingen, St. Georgen, Triberg, Furtwangen, Gütenbach, Böhrenbach, Schramberg, Lauterbach und Sulgen und bald hatten sich einige Hundert Mitglieder zusammengeschlossen zur gewerkschaftlichen Arbeit. Die neue Organisation hatte große Schwierigkeiten zu überwinden, erstens war es sehr schwer, in der bedrückten Arbeiter-schaft, die in kümmerlichen Verhältnissen lebte, den Organisationsgedanken zu wecken. Vielmehr lebten die Arbeiter in der Furcht, Arbeitgeber zu jagen und schließlich die Arbeitsstelle zu verlieren. Diese Furcht war nicht ganz unbegründet, denn manche Fabrikanten des Schwarzwaldes hegneten der neuen Organisation mit Mißtrauen. Sie standen ihr sogar feindselig gegenüber. Dazu war der Gewerkschaftsgedanke in der Arbeiterschaft noch zu neu, um eine größere Bekanntheit ausüben zu können. Als zweites trat der Kampf der sozialdemokratisch gerichteten Arbeiter gegen den neuen Verband in Erscheinung. Man sah auf jener Seite kein Mittel unterjocht, der christlichen Organisation, in der man einen unübertrefflichen Konkurrenten erblickte, das Lebenslicht auszublenden. Den Arbeitern wurde der christliche Verband als unbedeutend, als Zersplitterungsgewerkschaft, als Unternehmervorstöße und alles mögliche hingestellt, um sie vom Beitritt zu derselben abzuhalten. Die Führer wurden bekämpft und manchen harten Strauß hatten diese mit den Sozialdemokraten zu bestehen. Doch es nützte alles nichts, der Uhrenarbeiterverband war nicht mehr aus der Welt zu schaffen. In jener unverdrossenen Arbeit verstanden es die christlichen Arbeiter, ihrer Organisation immer mehr Boden zu gewinnen. In allen Orten, wo Ortsgruppen bestanden, fanden sich weitere, unerschrockene Männer, die keiner Mühe und Schwierigkeit achtend,

unentwegt dem gesteckten Ziele zustrebten und neue Mitglieder zu gewinnen suchten. So waren es in Billingen die genannten Vorstandsmitglieder, welche auch die dortige Ortsgruppe veranlaßten, in Gütenbach der Uhrmacher Lambert Weiser, der seit Gründung der Ortsgruppe deren Vorsitzender ist, in Triberg der Uhrmacher Josef Maier, in Furtwangen der Uhrmacher Friedrich Scherer, in Schramberg die Arbeiter Haas und Faller, die ihre ganze Kraft einsetzten, um die Bewegung vorwärts zu bringen.

Die Arbeit war nicht umsonst, langsam ging es vorwärts nach anfänglichen Rückschlägen. Auch die Kinderkrankheiten, welche die junge Organisation zu übersehen hatte, und die ihr oft starke Fiebererschütterungen brachten, konnten dem Verband nicht übermächtig werden. Auch Mißgeschicklichkeiten aus den eigenen Reihen, die notwendig werdenden Beitragserhöhungen und die wirtschaftlichen Krisen, konnten den Verband wohl vorübergehend schwächen, aber nicht seinen Bestand gefährden. Die Organisation suchte Anschluß an die christlichen Gewerkschaften Württembergs, deren eifriger Förderer und Führer der damalige Schriftführer Neumaier in Stuttgart war, der dem Uhrenarbeiterverband hilfreich zur Seite stand und über alle Klippen hinweghelfte. Als Verbandsorgan wurden die christlichen Gewerkschaftsblätter in Stuttgart eingeführt. Als der Verbandsvorsitzende Kallenbach sein Amt niederlegte, folgte ihm als Vorsitzender mit. Uter in Billingen, bisher Vorsitzender der dortigen Ortsgruppe, der die Bewegung weiter durch die Schwierigkeiten hindurchführte und zu neuem Erstarken brachte. Er sah aber ein, daß auf die Dauer der Uhrenarbeiterverband nicht ohne stärkeren Rückhalt bestehen konnte und propagierte den Plan, die Ortsgruppen den größeren bestehenden christlichen Gewerkschaftsverbänden anzuschließen. Wohl fand dieser Plan zuerst Widerstand in den eigenen Reihen, da man die Selbstständigkeit nicht aufgeben wollte, und auch noch etwas Lokalpatriotismus der klaren Blick trübte. Als dann aber auf dem Frankfurter Kongreß im Jahre 1908 der Anschluß vom Gesamtverband der christlichen Gewerkschaften gefordert wurde, und durch Versammlungen in den Ortsgruppen des Schwarzwaldes Klarheit geschaffen war, gelang es auf einer Konferenz in Billingen im Jahre 1904, die Verschmelzung des Uhrenarbeiterverbandes mit dem christlichen Metall- und Holzarbeiterverband herbeizuführen. Damit war für die Uhrenarbeiter ein starker Rückhalt geschaffen und ein Anstoß zu weiterer Entwicklung des christlichen Gewerkschaftsgedankens gegeben. Es wurde

auch der Boden geschaffen für die Organisierung der weiblichen Arbeiter, die bisher von Gewerkschaften noch fern standen. Mit der Zeit gelang es den christlichen Verbänden, immer weiteres Terrain zu erobern und Ortsgruppen in anderen Orten, wo es bisher noch nicht gelungen war, Boden zu fassen, zu gründen. Unermüdet arbeiteten die christlichen Gewerkschaften am Ausbau und Verbreitung ihrer Organisationen. Sie erkämpften sich eine starke Position. Heute stehen die christlichen Gewerkschaften achtlungsbietend da und bedeuten eine Macht, mit der gerechnet werden muß. Vieles haben die Uhrenarbeiter in den 25 Jahren in zäher, rastloser Arbeit erreicht, die Arbeitsverhältnisse und Lohnbedingungen wurden besser, manche Mißstände in den Fabriken wurden abgestellt und bessere Verhältnisse zwischen Arbeiter und Vorgesetzten geschaffen.

Möge nun die christliche Gewerkschaftsbewegung weiter vorwärts schreiten und in den kommenden Jahren in der Vertretung der Arbeiterinteressen Erfolge erzielen, besonders in dem neuen Kampf zwischen Kapital und Arbeit die Arbeiterschaft vor Verschlechterung bewahren.

Glück auf für die Zukunft!

## Branchenbewegung

### Westfälische Ketten schmiedekonferenz

Obwohl die Inflationsperiode häufig genug Gelegenheit bot, die Ketten schmiede zusammenzuführen, blieb doch wenig Gelegenheit jene Fragen zu regeln deren Lösung im Interesse aller Ketten schmiede notwendig war und noch ist. Nachdem eine gewisse Stabilität eingetreten ist, wurde daher der Anregung zur Einberufung einer besonderen Konferenz Rechnung getragen und für den 20. Juli nach Bröndenberg an der Ruhr einberufen. Koll. Hammer-Lippstadt, welcher die Konferenz leitete, begrüßte die Teilnehmer und gab zunächst einen Bericht über die Gesamtlage in der Industrie, die zwar recht kritisch sei, aber keinen Grund gebe, um den Mut zu verlieren. Besondere Erwähnung fand die derzeitige Kreditnot und das Sachverständigen gutachten.

## Preisrüssel

### Wie erzwingt ich Aussperrungen?

Wir wissen, daß mancher Arbeitgeber syndikus sich wie ein Hecht auf den Karppfen eines solchen Preisrüssels stützen wird, um es zu „studieren“ und die Konsequenzen daraus zu ziehen. Was kann man nämlich nicht alles damit anfangen. 1. Man verbessert seine Position, 2. man sucht damit die Gewerkschaften zu treffen. Sondernamen ein Arbeitgeberverband syndikus sich schon den Kopf zerbrechen muß, wie er am besten seine Stellung hält — mancher soll bei diesem „Denken“ schon graue Haare bekommen haben — einmal die Herren Syndiker der Arbeitgeberverbände für unsere Wirtschaft sehr entbehrliche und überflüssige Menschen sind.

Um zu zeigen, wie man in den Arbeitgeberverbänden Aussperrungen durch die Arbeitgeber erzwingt und wie man sich in gewissen Arbeitgeberverbänden „gewissenhaft“ bemüht, die Arbeiterschaft zu schädigen, dafür liefert der Arbeitgeberverband der Münsterländischen Metallindustrie ein treffendes Beispiel. Der vielmals gesagte günstige Wind warf uns folgenden Schiedspruch auf den Tisch, aus dem wir die wichtigsten Teile veröffentlichen:

In der Schiedspruchssache des Verbandes Münsterländischer Metallindustrieller vertreten durch den Vorstand in Münster i. Westf. — als Kläger im Prozeß vertreten durch den Geschäftsführer Herrn Rechtsanwalt Dr. Steinhaus zu Münster i. W. gegen

1. die Firma Rollmann u. Lohar, Akt.-Ges. Wlten i. W.,
2. die Firma A. Schomaker u. Co. A.-G. in Wlten in W.,
3. die Firma Linnemann, Schulte u. Co., G.m.b.H. in Wlten

als Beklagte hat das Schiedsgericht, bestehend aus dem Fabrikanten B. Kestrup, Delbe, dem Fabrikanten Dreyer in Wlten i. W. dem Prototypen Wagenmann in Drensefing, dem Fabrikanten Albert Lade in Rheine, dem Fabrikanten Fritz Mertens in Münster, dem Fabrikanten A. Windmüller in Lengerich i. W. als Schiedsrichter und dem Landgerichtsrat Büning in Münster i. W. als Obmann am 18. Juni 1924 für Recht erkannt:

Es wurden verurteilt an den Kläger zu zahlen: die Firma Rollmann u. Lohar, A.-G. 4500 Goldmark, die Firma A. Schomaker u. Co., A.-G. 500 Goldmark, die Firma Linnemann, Schulte u. Co., G. m. b. H. 100 Goldmark. Die Firma A. Schomaker u. Co., A.-G. wird aus dem Verbands Münsterländischer Metallindustrie ausgeschlossen. Die Kosten des Schiedsgerichtsverfahrens die auf 1120 M. (Goldmark) festgesetzt werden, sind den Klägern von der Beklagten Rollmann u. Lohar A.-G. zu 3 Siebtel und der Beklagten A. Schomaker und Co., A.-G. ebenfalls zu 3 Siebtel und den Beklagten Linnemann, Schulte u. Co., G.m.b.H. zu 1 Siebtel zu erstatten.

#### Gründe.

1. Am 24. März traten die Arbeiter der Firma Schomaker und Co. an diese mit Lohnforderungen heran. Herr Auerbach von der Firma Schomaker u. Co. wandte sich an Herrn Scholz als den Leiter der Ortsgruppe der Wlener Metallindustriellen und ersuchte um Schutz seitens der übrigen Arbeitgeber, andernfalls er mit seinen Arbeitern in Verhandlungen müßte. Insbesondere verlangte er, daß, falls bei ihm gestreikt würde, die übrigen Firmen ihre Arbeiter aussperrten sollten. Entsprechende Forderungen erhob die Firma Schomaker u. Co. gegenüber dem Verbandsgeschäftsführer Dr. Steinhaus telefonisch und dann noch an demselben Tage, nachdem inzwischen ihre Arbeiter in den Streik getreten waren, in einer in Wlten stattfindenden Besprechung der Wlener Arbeitgeber. . . . Nachdem so der von dem Betrieb der Firma Schomaker u. Co. ausgegangene Streik zu einem allgemeinen Kampf zwischen Arbeitern und Arbeitgebern in Wlten geführt hatte beschlossen die Arbeitgeber in der Villa Kertmann einige Tage später und nachdem ein vom Schlichtungsausschuß in Münster erlassener Schiedspruch sie erhoffen ließ, daß der Streik auf friedlichem Wege beigelegt werden könne, daß die Arbeiter durch Plakate und schriftliche Einladungen aufgefordert werden sollten, die Arbeiten an einem bestimmten Tage zu dem vom Schlichtungsausschuß festgesetzten Bedingungen wieder aufzunehmen. — Als in Durchführung dieses Beschlusses die Aufforderungen der Arbeiter, die Arbeit wieder aufzunehmen, ergangen waren, meldeten sich eine Anzahl der Arbeiter der Firma Schomaker u. Co. zur Arbeit und diese Firma nahm daraufhin ihren Betrieb wieder auf. Es wird ihr nun zur Last gelegt, daß sie die Wiederaufnahme der Arbeit dadurch erzielt habe, daß sie mit ihren Arbeitern über Lohn- und Akkordhöchungen verhandelt und ihnen Erhöhungen zugesichert habe. Die Beklagte bestreitet das und behauptet, die Arbeiter hätten bedingungslos die Arbeit wieder aufgenommen. Erst nach Wiederaufnahme der Arbeit hätten einige Arbeiter gefragt, wie es denn nun mit den Löhnen werden würde und daraufhin sei ihnen gesagt worden, daß, wenn einige Akkorde aufkehrungsbedürftig seien, so solle eine Regulierung erfolgen. Tatsächlich sei dann auch erst nach Beendigung des allgemeinen Streikes die Regulierung so wie in den anderen Betrieben erfolgt. Als dem Herrn Direktor Scholz von verschiedenen Seiten zugezogen wurde, die Firma Schomaker u. Co. habe mit ihren Arbeitern

verhandelt, und ihnen Lohnhöchungen zugebilligt, rief er die Firma Schomaker u. Co. an, die ihn durch ihren Herrn Auerbach auf Besuchen erklärte, sie habe keine Lohnhöchungen bewilligt. Auf die weitere Frage, ob die Akkorde erhöht seien, wurde geantwortet, daß eine Regulierung der Akkorde stattgefunden habe. Auf Grund dieses Zugeständnisses hat das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Wiederaufnahme der Arbeit nicht lediglich auf die allgemeine Aufforderung der Arbeitgeber zurückzuführen ist, sondern daß die Firma Schomaker u. Co. ihren Arbeitern mindestens Akkordhöchungen zugebilligt und sie dadurch zur Wiederaufnahme der Arbeit bewogen hat. Diese Annahme ist umso mehr gerechtfertigt, als es an sich schon sehr unwahrscheinlich ist, daß gerade die Arbeiter der Firma Schomaker u. Co., die durch ihre übertriebene Lohnforderung den Streik begonnen hatten, nun auf die erste Aufforderung der Arbeitgeber die Arbeit bedingungslos wieder aufgenommen haben sollten, während es in keinem der anderen Betriebe so gekommen ist.

2. Als im Verlauf des zu 1. erwähnten Lohnkampfes von den Wlener Arbeitgebern die Möglichkeit ins Auge gefaßt wurde, daß von den Kampfsmitteln der Aussperrung Gebrauch gemacht werden müsse, hat die Firma Rollmann und Lohar bei einer Arbeitgeberbesprechung im Hotel Pieper versprochen, daß sie sich, wenn eine allgemeine Aussperrung beschlossen würde, daran beteiligen würde. Es ist dabei allerdings davon gesprochen worden, ob der Firma Rollmann und Lohar, bei der nicht gestreikt wurde, die Löhne erstattet würden. Zur Bedingung für ihre Bereitwilligkeit, sich an der Aussperrung zu beteiligen, hat die Firma Rollmann und Lohar die Lohnrückzahlung jedoch nicht gemacht. Als nun im weiteren Verlaufe des Kampfes die Arbeitgeber Wlten einmütlich die Aussperrung beschlossen, weigerte sich die Firma Rollmann und Lohar trotz aller Vorhaltungen, sich an der Aussperrung zu beteiligen, da eine solche nicht zweckmäßig sei und mehr Schaden als Nutzen würde. Der Firma Rollmann und Lohar wird nun zur Last gelegt, daß sie ihrem Versprechen zuwider die Aussperrung abgelehnt und gegen die Interessen ihres Verbandes verstoßen habe. Dem gegenüber macht sie geltend, daß sie das Versprechen nur unter der Bedingung, daß ihr die Lohnrückzahlung versprochen werde, gegeben habe, und ferner, daß sie bei der Bepflichtung in Villa Kertmann von ihrem Versprechen entbunden worden sei. Wie schon oben gesagt hat die Firma Rollmann und Lohar, wie die Verhandlung ergeben hat, die Lohnrückzahlung nicht zur Bedingung ihres Versprechens gemacht. Es ist auch nicht richtig, daß bei der Bepflichtung in der Villa Kertmann sie von ihrem Versprechen entbunden worden ist. Richtig ist, daß Herr Lohar bei dieser Bepflichtung sich gegen die Zweckmäßigkeit der Aussperrung ausgesprochen hat, er hat aber dem Direktor Scholz schließlich erklärt, daß er sein Wort halten werde. Es ist ihm also sein Wort nicht zurückgegeben worden. Daraus, daß bei dieser Bepflichtung beschlossen wurde, vorerst nicht auszusperrten, sondern die Arbeiter zunächst zur Wiederaufnahme der Arbeit aufzufordern, hat Herr Lohar auch nicht etwa geschlossen, daß er nun von seinem Versprechen entbunden sei. Dies ergibt sich aus seinem Verhalten in einer darauffolgenden Besprechung, bei der die Aussperrung beschlossen wurde. Trotzdem ihm sein Versprechen vorgehalten wurde, begründet er die Weigerung nicht etwa damit, daß ihm sein Wort zurückgegeben sei, oder daß ihm die Lohnrückzahlung nicht zugesagt werde, sondern lediglich damit, daß die Aussperrung nicht zweckmäßig sei. Nach alledem hat das Gericht die Ueberzeugung gewonnen, daß die Firma Rollmann und Lohar bewußt Maßnahmen ihrem Versprechen zuwider sich gewagt hat, sich an der einseitig beschlossenen Aussperrung zu beteiligen. In diesem Vorgehen der Firma Rollmann und Lohar liegt eine erhebliche Gefährdung der Solidarität des Verbandes. Es kann auch kein Zweifel darüber bestehen, daß sie sich dessen bewußt gewesen ist, daß ihr Tun dem Interesse des Verbandes zuwiderlaufen würde. Die Firma Rollmann und Lohar hat sich somit gemäß § 24 der Verbandsstatuten strafbar gemacht. Darauf, daß sie die Verbandsstatuten nicht gekannt habe, kann sie sich nach allgemeinen Rechtsgrundsätzen nicht berufen. Der Firma Rollmann und Lohar stehen derartige Milderungsumstände zur Seite daß von einem Ausschluß aus einem Verband Abstand genommen werden könnte. Dagegen ersuchen die vom Ausschluß erkannte Strafe von 4500 Goldmark angemessen. Sie konnte in dieser Höhe festgesetzt werden, da die Firma Rollmann im vergangenen Jahr mindestens 450 Arbeiter zur Berufsgenossenschaft gemeldet hatte.

Durch solche Geldstrafen werden also diejenigen Arbeitgeber vom Arbeitgeberverband gepakt, die nicht genau dem Aussperrungsreglement folgen oder vielleicht sogar (wie ein Verbrecher!) über den Kopf des Arbeitgeberverbandes hinweg mit ihren Arbeitern ins Reine kommen wollen. Die Schamhölzer muß hochgehalten werden, lautet anscheinend die Weisheit mancher Arbeitgeberverbände. Die Arbeiter lassen sich das gefallen. Warum auch nicht? Denn für manche ist der Ferkammel ja noch immer wichtiger als gewerkschaftliche Arbeit.

# Staat und Wirtschaft

Von Goeh Briefs.

Papenbretm-Blattener als Brandenletter erstattete dann Bericht über die letzten Lohnverhandlungen und kam dann vornehmlich auf den Tarifvertrag für die Kettenbranche zu sprechen, der unter Führung des christlichen Metallarbeiterverbandes vor Jahren abgeschlossen sei. Dieser Vertrag lasse hinsichtlich der Arbeitsregelung, Bezahlung der Heimarbeit, Urlaub, Arbeitszeit noch manches zu wünschen übrig. Nicht zuletzt wurden die Absichten der Organisationen gehemmt durch den Widerstand des Deutschen Kettenverbandes und auch mancher Berufskollegen. Die letzteren waren vielfach sehr laut in der Kritik, aber ihre Mitarbeit war gleich null. Es kommt heute wesentlich darauf an, daß die Kettenarbeiter selbst an der Durchführung gestellter Anträge mitwirken, sich geeignete Unterlagen über gezielte Preise, technische Einrichtungen etc. verschaffen. Am Tarif gilt es festzuhalten und nicht durch Gleichgültigkeit manches, unter schweren Kämpfen Erzwungene zu gefährden. In einer Entscheidung wurde jede einseitige Lohnfestsetzung verurteilt und gefordert, daß die Organisation auch weiterhin die berechtigten Forderungen der Kettenarbeiter vertritt.

Steinacker-Menden behandelte die Arbeitszeitfrage und legte dabei ausführlich dar, warum die Arbeiterkraft und die Kettenindustrie im Besonderen eine möglichst kurz bemessene Arbeitszeit verlangen müssen. Gehöre doch der Kettenindustrie zu denjenigen Berufen, welche an die körperliche Leistungsfähigkeit des einzelnen Arbeiters besonders große Anforderungen stelle. Die vom christlichen Metallarbeiterverband eingeleitete Aktion zur gesetzlichen Regelung der Arbeitsstundenfrage sei nur zu begrüßen. Von den Kettenarbeitern ist zu erwarten, daß sie unsere Forderungen kräftig unterstützen.

Die folgende Entscheidung zur Arbeitszeitfrage fand einstimmige Annahme:

Die Westfälische Kettenarbeiterkonferenz des christlichen Metallarbeiterverbandes beauftragt den Verbandsleiter, die notwendigen Schritte zu unternehmen, um die Frage der Arbeitszeit im befriedigenden Sinne zu lösen.

Festgestellt werden muß, daß gerade in der Kettenindustrie an die körperliche Leistungsfähigkeit der in Frage kommenden Arbeiter erhebliche Anforderungen gestellt werden. Hinzu kommen auch noch die großen gesundheitlichen Gefahren, die durch das Feigen mit Rost entstehen.

Hervorgehoben werden muß, daß bei rationeller Ausnutzung der Arbeitsstunden ein Produktionsrückgang nicht zu verzeichnen war. Es ist also unbeschädigt, die Behauptung aufzustellen, daß durch die verkürzte Arbeitszeit die Ergiebigkeit der Betriebe gemindert worden sei.

Wir richten an alle Kettenarbeiter den dringenden Appell den christlichen Metallarbeiterverband zu stärken, um die Vorbedingung für ein erfolgreiches Wirken in der Arbeitszeitfrage zu ermöglichen.

Zur Heimarbeiterfrage sprach dann noch besonders Hamer-Lippstadt. Er verlangt im Namen der vielen Heimarbeiter der Kettenindustrie mehr Berücksichtigung ihrer Forderungen. Ebenso wie die Betriebsarbeiter seien die Heimarbeiter abhängig von ihrem Arbeitgeber, es sei total unrichtig, von einem Vertragsverhältnis zu reden. Der Arbeitgeber lieferte den Heimarbeiter der Kettenindustrie mehr Berücksichtigung ihrer Forderungen die Arbeiten erledigt. Es sei eine durchaus gerechte Forderung die Heimarbeiterentlohnung, Urlaubsfrage etc. mit im Kettenarif zu regeln, damit auch ihnen die Vorteile der tariflichen Regelung voll und ganz zukommen. An der Lösung dieser Frage hat der christliche Metallarbeiterverband lange gearbeitet und in verschiedenen gerichtlichen Verfahren unseren Standpunkt vertreten. Wenn wir noch nicht weiter gekommen sind, so soll sich auch mancher Heimarbeiter der Kettenindustrie fragen, ob nicht sein rüchständiges Verhalten mit Schuld daran trägt. — Die Aussprache über alle Punkte war sehr anregend. Bemerkenswert war noch die Mitteilung eines Delegierten, daß selbst einige Kettenfabrikanten zugeben mußten, daß der Kettenarbeiter nicht länger wie 8 Stunden arbeiten könne.

Kesper-Herold und Kalleicher-Hüfen erörterten die Frage der Organisationszugehörigkeit. Festgestellt wurde, daß die Mehrzahl der Kettenarbeiter vor wie nach im christlichen Metallarbeiterverband organisiert ist. Leider sind aber auch manche Kollegen unorganisiert. Von diesen müsse unbedingt verlangt werden, daß sie sich ihrer Pflicht bewußt würden. Aus dem W o h n e t a l konnte berichtet werden, daß die einzelnen Betriebe restlos organisiert seien. (Bravo!) Wenn nur überall die Kettenarbeiter etwas aus sich heraus gingen, dürfte schon manche Forderung weit eher durchzusetzen sein. Gestreift wurde in der längeren Aussprache auch das Genossenschaftswesen und auf dessen Bedeutung für die Arbeiterkraft hingewiesen. Im Schlußwort bat Hamer-Lippstadt kräftig für die geltend gemachten Forderungen einzutreten und im festen Zusammenstehen im christlichen Metallarbeiterverband für gesunde Lohn- und Arbeitsverhältnisse im Kettenberuf zu sorgen.

## Bekanntmachung

Samstag, den 17. August, ist der 34. Wochenbeitrag fällig.

## Briefkasten

**A. A. Mannheim.** Es ist gewiß anzuerkennen, daß die Redaktion über die örtlichen Vorgänge bei den Kommunisten zu orientieren sucht. Vergiß aber über das Nützliche nicht das Notwendige. Das Notwendige ist deine Mitarbeit in deiner Ortsgruppe. Wie wir in Erfahrung brachten, ist dein Name hier in der Redaktion mehr als in deiner Ortsgruppe bekannt.

**Einige.** Euerer Bedenken gegen unsern Artikel „Vereinsmeierei oder Verbandsarbeit“ machen euch verdächtig. Eueren Lärm in Ehren, er kräftigt Lungen und Muskeln. Aber was hilft euch der Sport, wenn überlange Arbeitszeit und zu niedriger Lohn euch die erste Voraussetzung zu Erhaltung einer kräftigen Gesundheit nehmen. Also erst die Sorge, daß die primitivste Voraussetzung einer kräftigen Gesundheit euch erhalten bzw. wiederhergestellt wird; dann in zweiter Linie mag man an den Sport denken.

## Die „Bücher der Arbeit“

müssen in der Hand eines jeden Vertrauensmannes sein. Bestellt sie auf eurer Ortsverwaltung oder beim

„ECHO-Verlag“ Duisburg, Musfeldstr. 15

## Kollegen, vergeßt nicht die Werbearbeit für den Verband!

Schriftleitung: Georg Wieser, Verlag: Franz Wieser, Duisburg, Druck: Vereinigte Verlags- und Druckerei-Gesellschaft

Wir müssen erneut unsere Kollegen aufmerksam machen auf den in der Sammlung „Bücher der Arbeit“ erschienenen Band 10 „Die Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik“ von Goeh Briefs, des Mannes, der heute in der wissenschaftlichen Welt am entschiedensten ein starkes soziales Moment vertritt. Seine Auffassung über Staat und Wirtschaft, die Briefs in dem obengenannten Bändchen darlegt, wollen wir unsern Kollegen nicht vorenthalten.

Die Frage nach den Grundlagen und Voraussetzungen der Volkswirtschaftspolitik ist nicht immer so dringlich gewesen wie heute. Es gab Zeiten, wo sie gar nicht erhoben wurde, sei es deswegen, weil die „Volkswirtschaft“ fehlte, sei es deswegen, weil in herkömmlicher Selbstverständlichkeit der Staat seine Volkswirtschaftspolitik betrieb, ohne irgendwo Ansetzung zu finden. Es gab aber auch Zeiten, wo die Frage nach den Voraussetzungen und Grundlagen der Volkswirtschaftspolitik sehr grundsätzlich und lebhaft besprochen wurde. Es waren die Zeiten, wo die Volkswirtschaftspolitik zweifelhaft geworden war, wo sie an ihre Grenzen stieß, oder wo sie nicht genügte: da begann man sich auf ihre Grundlagen, Voraussetzungen und Möglichkeiten, und formulierten sie nach den gewonnenen Erfahrungen und Ideen; an den so festgestellten neuen Richtlinien orientierte man das neue praktische Handeln. Aber man mußte die Erfahrung machen, daß die einmal gewonnenen Einsichten und Anschauungen keine ewige Gültigkeit hatten; weder die Wirtschaft noch der Staat, noch die Auffassung von beiden bleiben die gleichen. Im Strom der Geschichte und des ewig neuen Werdens mußte man die aufgestellten Grundzüge gelegentlich verlassen, ihre Unzulänglichkeit eingestehen; immer weniger läßt sich der Strom der Dinge begreifen und unter die alten grundsätzlichen Gesichtspunkte bringen, bis die Gestalt der wirtschaftlichen Verhältnisse so völlig anders geworden war, daß es an keiner Stelle ein Auslangen zwischen Grundlag und Wirklichkeit mehr gab. Gewöhnlich nötigte dann irgendeine wirtschaftliche oder politische Erschütterung oder eine hervorragende Persönlichkeit zur Einsicht, daß ganz neue Orientierungen erforderlich seien. Im Streite der Meinungen und unter mehr oder weniger starkem Einfluß von Erfahrungen und Ideen kristallisierte sich dann die neue Volkswirtschaftstheorie und die neue Politik — bis auch sie im Fluß des vollendeten Lebens überholt und „von gestern“ geworden war. Es wechselte die Zeiten, in denen das volkswirtschaftliche Problem ruht, mit Zeiten, in denen es heftig aufflammt. Immer aber sind es die praktischen Mäße der Zeiten, die zur Neubewertung zwingen.

Wie steht es heute? Ist für das Bewußtsein unserer Zeit die Volkswirtschaftspolitik herkömmlicher Art eine selbstverständliche, unangewiesene Tatsache, oder stehen wir in einer Zeit der Neubewertung und der Umwälzungen?

Zweifellos erwartet in unseren Tagen das Problem der Volkswirtschaftspolitik zu neuer Schärfe. Die Ursachen liegen auf der Hand.

1. Die alte Ordnung und die alten Grundlagen der Volkswirtschaft werden von großen Teilen der Bevölkerung, von bestimmten sozialen Schichten nicht nur in Deutschland in Zweifel gezogen, genauer gesagt: durchaus abgelehnt. Aber eine neue Ordnung der Wirtschaft steigt nicht gewappnet wie Pallas Athene aus dem Haupte des Zeus. Sie ist das Ergebnis der Auseinandersetzung von Machtfaktoren, hinter denen Schichteninteressen und Ideen verschiedener Stärke und Artung stehen. Macht und Wirtschaft, Privatinteresse und Wirtschaft, Idee und Wirtschaft stehen heute in unerschöpflicher Spannung. In diesen Spannungen wird die Frage lebendig: Ist die Wirtschaft ein Ding, das aller Willkür der Macht, der Interessen und der Ideen sich beugt? Ist sie ein solcher Ton in der Hand von wirtschaftsgewaltigen Gruppen und Kondottieren, von Interessenten, Phantasten und Narren?

2. Die Grundlage und die alte Ordnung der Wirtschaft sind brüchig geworden. Die Ereignisse des Krieges haben die weltwirtschaftlichen Zusammenhänge erschüttert, die Kapital- und Energieverwertung der letzten Jahre hat die Tragkraft der Wirtschaft unerschöpflich gemindert, der Staatssozialismus des Krieges hat Prozesse zum Ausreifen gebracht, die schon vor dem Kriege fällig waren, die alte grundsätzliche Zerfallung des Wirtschaftslebens aufzulösen und in eine neue zu überführen. Ein Zerstückelungsprozeß legt sein eisernes Gewicht auf die wieder erwachenden Wirtschaftskräfte, und der kurzfristige Haß als Ratgeber verbannt jede wirtschaftliche Vernunft. In der Dreißigstempertemperatur dieser Ereignisse und Zustände entwickelt sich eine wirtschaftliche Mißmenschenbildung, die die Lebenskraft von Siegern und Besiegten zerstört. Das volkswirtschaftliche Problem ist international geworden, weil die Pathologie der Wirtschaft eine internationale, dicht ineinander verflochtene Erscheinung wurde. Abschließung und Arbeitslosigkeit hier, papierene Scheinblüte der Wirtschaft bei krisenhaftem Zusammenbruch der realen Grundlagen alles Wirtschaftens dort decken nur die Tatsache zu, die allen Wirtschaften gemeinsam ist: die rapide Verarmung. Eine Stimmung des „Nette sich wer kann“ greift zwischen den Völkern und zwischen den sozialen Klassen der Völker um sich. In dieser Stimmung steigt der Kurs der rüchstandslosen Gewalt einestheils den Besiegten gegenüber, andererseits gegenüber den wirtschaftlich schwächeren Schichten des eigenen Volkes. Im Hintergrunde lauert der giftige Glaube an Machtaustrag durch Geschüge und hochwissenschaftliche Massenelitären, die politische Schuldneuschuld ganzer Völker und die wirtschaftliche Zerschmetterung ganzer sozialer Schichten. Begreiflich, daß alle Einsichtigen und von der Leidenschaft nicht korrupten Geister sich die Frage vorlegen: hängt wirtschaftliches Gedeihen des einen Volkes am Ruin des anderen? Kann die eine Sozialschicht dauernd steigen dadurch, daß sie der anderen das Knie auf die Brust und den Daumen aufs Auge legt? Sind diese Auseinandersetzungen auf Leben und Tod zwischen Völkern und Volksschichten zwangsläufig, etwa notwendige Elemente des geschichtlichen Fortschritts? Oder sind sie Methoden der Selbstentleerung durch Nächstenvernichtung? Gibt es eine wirtschaftliche Vernunft, die von allen Opfern verlangt, um allen zu helfen? Können sie sich verwirklichen? Wer ist das Organ der Verwirklichung, mit welchen Mitteln kann sie erstritten werden?

3. Das Organ, das mit Macht und Zwang gebieten kann, und über allen Interessen kämpfend steht oder seiner Idee nach stehen soll, ist der Staat. Herkömmlich wird er als Behälter der Gesamtinteressen, der allgemeinen Wohlfahrt betrachtet. Man weiß ihm die sittliche Pflicht zu, zwischen den sozialen Schichten den Ausgleich nach sozialer Gerechtigkeit zu schaffen und nach Recht zu regieren. Dieser Staat hat vor dem Kriege, am weitesten vielleicht in Deutschland, seine Pflicht erkannt und sich um den Ausgleich nach sozialer Gerechtigkeit bemüht. Er hat die Wirtschaft gefördert durch ein wohlbedachtes System von Maßnahmen, in der richtigen Erkenntnis, daß das Gedeihen des Staates unlösbar am Gedeihen der Wirtschaft hängt. Er hat im Kriege das äußerste an Kraft ausgeboten zu seiner Verteidigung nach außen und zur Durchsetzung wirtschaftlicher Spielräume im Weltverkehr, er hat sich bestrebt, den inneren Frieden zu erhalten, der ja größtenteils eine Frage der Wirtschaft und Sozialpolitik war. So wurde der Staat zwangsläufig in ungeheure Aufgabengebiete hineingerissen, die er früher nicht kannte, auf die er weder eingerichtet noch vorbereitet war. Ein Staatssozialismus oder, genauer gesagt, ein Staatsmerkantilismus in ungeheurem Maßstabe zog über Nacht herein. Naturgemäß wachte er Widerstände, denn sein Eingriff schädigte wohl-erworbene Rechte und stark organisierte Interessen, zog den Staat

scharfer in den Gegensatz der kämpfenden Interessengruppen hinein als mit unanschätzbarem Stande über den Parteien vereinbar war. Außerdem ging der staatliche Eingriff wider das Gefühl und wider die Anschauung von dem, was dem Staate an Kompetenz dem einzelnen Wirtschaftler gegenüber nach herkömmlicher Anschauung und Praxis zulässig. An unzureichender Vorbereitung und Einrichtung, an Schwerfälligkeit und mangelnder Sachkenntnis, an den Widerständen und der Abwehr wirtschaftlicher Gruppen, vor allem an der objektiven Unmöglichkeit der gestellten Aufgabe kam die staatliche Generaldirektion der Wirtschaft zu einem teilweisen Scheitern ihrer Zwecke. Das wurde natürlich allseits wohl bemerkt, von den einen mit Enttäufung, von den anderen mit Befriedigung über den Fehlschlag. Es kam der traurige Kriegsausgang und die Revolution. Sie hob Volkswirtschaften in die politische Führung, die sich teils gewöhnt hatten, im Staate den Helfer in der Not zu sehen, aber gar überzeugt waren, derjenige, der die Staatsmaschinerie in der Hand habe, könne so ziemlich alles, was er wolle. Die dieser Meinung waren, werden heute, nach drei Jahren betriebsamer Wirtschaft und Sozialpolitik des Staates, gelernt haben, daß der Staat zumal unter den Daseinsbedingungen der deutschen Gegenwart Grenzen seiner Wirtschaft und Sozialpolitik hat. Erst wenn die Wirtschaft blüht, kann der Staat ernsthafte und auf die Dauer berechnete Wirtschaft und Sozialpolitik — letztere ist ja immer irgendwie wirtschaftlich fundamementiert — treiben. Das Wirtschaftsleben bedarf, wenn es gesund und widerstandsfähig sein soll, der Sicherungen, der Ordnung, des festen Rechtsrahmens, der freien Spielräume für Kraft und Können im Innern und nach außen. Der nach bolschewistischem Muster verfährt, und erst einmal alles bis auf die Grundmauern niederlegt, um dann eine ideale Ordnung zu verwirklichen, der muß zum Schluß aus Trümmern eine elende Notwohnung bauen. Wie der kommunistische Staat in Rußland am radikalsten Experimentierte und so auf seine Grenzen stieß, so sind manche andere Staaten bei der von ihnen eingeschlagenen Wirtschaftspolitik auf die harte Grenze des Möglichen und Erträglichen gestoßen. Die Fragen, die schon in vergangenen Zeiten vielfach die Köpfe beschäftigten, erhoben sich aufs neue: was kann der Staat wirtschaftspolitisch erreichen? Hat er Grenzen seiner Macht, und wo liegen sie? Gibt es grundlegende wirtschaftliche Tatbestände, an die der Staat nicht rühren darf, ohne sich und die Wirtschaft zu schädigen? Wie weit reicht die sachlich gerechtfertigte Zuständigkeit des Staates auf wirtschaftlichem Gebiet? Wie kann er sozialpolitisch vorgehen, ohne den tragfähigen Unterbau der Wirtschaft zu verlassen?

4. Aber der Staat ist ja nicht die einzige Instanz der Volkswirtschaftspolitik. Zahlreiche privatrechtliche und privatwirtschaftliche Organisationen sind entstanden, in deren Händen sich eine ungeheure wirtschaftliche Macht konzentriert, eine Macht, die in einzelnen Fällen weiter reicht, als die des Staates. Es handelt sich um Organisationen, die entweder konzentrierte Verfügung über Kapital oder über Arbeit darstellen oder allgemeine Gruppeninteressen vertreten. Das Emporspringen dieser Organisationen brachte geradezu eine Umwälzung unseres gewohnten Staatsbegriffs: der einheitliche rechtsetzende und rechtverwirklichende Staat, der mit Zwang gebietet, die Wirtschaft trägt und stützt, für den sozialen Ausgleich und den inneren Frieden fällig ist, wird im Mark seiner Kraft geschwächt durch die wirtschaftlichen Republiken, Herzogtümer und Kondottierherrschaften, und durch die Hausmachtspolitik dieser Verbände. Das Wort von der „Aufspaltung des Staates“, das in unseren Tagen oft gefallen ist, ist zwar noch verfrüht, weil wir erst am allerdingen harten Anfang einer Entwicklung stehen, deren Ende niemand voraussehen kann; aber ein Kern von tiefer Berechtigung steckt in ihm. Zweifellos stehen diese großen Verbände heute der staatlichen Wirtschaftspolitik eine praktische Grenze. Sie sind Staaten im Staate geworden. Wirtschaft ist die Substanz ihrer Macht; die Abhängigkeit großer Massen und ganzer sozialer Schichten von dieser Machtverteilung und die Schwäche des Staates sind die Grundlage der weitreichenden Souveränität jener Organisationen; ihre wohlhabende private Verfügungsmacht, die Sperre, die sie über alle Nichtwilligen verhängen können, ist der materielle Zwang, der ihnen zu Gebote steht. Auch das wichtige Attribut des Staates, Steuern zu erheben, besitzen sie praktisch; man denke nur an manche Erscheinungen der Preis- und Lohnpolitik, die wir erlebt haben, und an die tatsächliche Wirkung, die sie auf andere Volksschichten ausüben. Aber es sei nicht übersehen, daß auch die Wirtschaftspolitik dieser Verbände ihre Grenzen hat. Deutlich wird das vor allem bei den Verbänden der Arbeiter: die Erfolge ihrer Lohnpolitik manchmal die noch so gerechtfertigte, macht die Preisbewegung weithin autoritär; die Arbeitererschaft verliert weithin als Konsument, was sie als Produzent durch Verbandspolitik erreicht. Deutlich wird es auch in geringerem Maße bei den Kapitalverbänden, deren Produkte nicht Gegenstand dringlicher und unaufschiebbarer Bedürfnisse sind; hier läuft sich die Preispolitik tot an der Verengung des Verbrauchs. Um wenigstens deutlich wird die Grenze bei den Kapital- und Produzentenverbänden unentbehrlichen Verbrauchs. Hier ist die Gegenwirkung indirekt; staatliche Zuschüsse aus sozialpolitischer Zielsetzung mit der Folge der Geldentwertung und Lohnsenkung erhöhen die Kostenberechnung alle höheren Unterlagen und redestontieren einen Teil der im Preise erzielten Vorteile durch Geldentwertung. So sind Geldentwertung und zurückbleibende Kaufkraft der Verbraucher die eine Grenze der verbandspolitischen Wirtschaftspolitik. Die andere Grenze ist gezogen durch die Macht des Staates, die trotz aller Schwäche immer noch gewisse öffentlich-rechtliche Handhaben hat, ein zu rüchstandsloses Vorgehen der großen Machtverbände zu hindern oder abzuschwächen. Auch hier die schicksalshweren Fragen: sind diese Verbandsbildungen die neue Organisation und Gliederung der Wirtschaft, in denen die Zukunft steckt, oder sind sie Auswüchse? Soll man diese Entwicklung aus der Freiheit der Wirtschaft in die verbandsmäßige Organisation bejahren oder verneinen? Wird das Wirtschaftsleben selbst unter dem Druck dieser Machtverbände und unter ihren Kämpfen erlahmen oder neue Energien entfalten können? Bereitet sich eine neue Hörigkeit großer Schichten des Volkes in wirtschaftlicher Abhängigkeit vor, oder ist ein neues Formprinzip der Wirtschaft auf dem Wege zur Verwirklichung? Wird am Ende dieser gewaltigen Umgestaltungen das Ende der europäischen Wirtschaftsbülie stehen, ein „Zusammenjäten“ jener ungeheuren Energien, die den Reichtum der Vorkriegszeit trugen, oder steigt unter Schmerzen und Leiden eine neue Wirtschaftswelt empor, die wie manche glauben, noch stärkere Leistungsfähigkeit besitzt als die alte? Oder sind alle diese Dinge, die sich heute stürmisch auswirken und vollziehen, nur Formen, unter denen sich die Umgestaltung unseres ganzen europäischen politischen und kulturellen Lebens und unseres ganzen Weltbildes überhaupt vollzieht? Ist die Tragfähigkeit der Wirtschaft von heute nur ein Symptom der Tragfähigkeit unseres ganzen abendländischen Lebens der letzten Jahrhunderte geworden?

Man sieht, wie weit die Entscheidungen reichen, die sich uns aus der Betrachtung der Probleme der Wirtschaftspolitik eröffnen. Die Wirtschaft ist nur eine Provinz des ungeteilten menschlichen Geistes; reicht ihre Tragfähigkeit alles andere ins Fragwürdige oder ist sie fragwürdig, weil das ganze europäische Leben fragwürdig geworden ist? Wer die stonomische Gesichtsauffassung verteidigt muß das erstere glauben; wessen Lebensanschauung aus den Quellen des Idealismus und des Geistes gespeist wird, das letztere. Gibt es eine Synthese beider Auffassungen und muß ihr entsprechend an beiden Punkten der Hebel der Wirtschaftspolitik angestrichelt werden an der Wirtschaft und am Geistes-Sittlichen?

m. b. H. (Echo vom Niederrhein & G. Köllen), Duisburg.